

Universitätsstadt Tübingen
Projektleitung Südliches Stadtzentrum
Leslie Sawyerr, Telefon: 07071-204-2270
Gesch. Z.: 020/

Vorlage 502a/2014
Datum 14.04.2014

Mitteilungsvorlage

zur Kenntnis im **Ortsbeirat Stadtmitte**
zur Kenntnis im **Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung**

Betreff: **Südliches Stadtzentrum: Öffnung der Wöhrdstraße stadteinwärts als Einbahnstraße während des Umbaus der Friedrichstraße**

Bezug: 502/2014 Antrag der CDU-Fraktion

Anlagen: 0

Die Verwaltung teilt mit:

Mit Antrag vom 31.1.2014 schlägt die CDU-Fraktion vor, die Wöhrdstraße während der Sperrung der Friedrichstraße in Richtung Neckarbrücke zu öffnen und so den Verkehr aus Süden Richtung Gartenstraße / Innenstadt / Österberg zu ermöglichen.

Die Verwaltung hat diese Variante bereits in ihren Verkehrsszenarien 2013 ausführlich geprüft und sieht durchaus die Vorteile für die Mühlstraße und zum Teil auch den Österberg (die Gartenstraße ist bereits jetzt über Poststraße/Karlstraße für Anlieger erreichbar). Dennoch ist Verwaltung damals eindeutig zu dem Schluss gekommen, dass dieser Bypass der Baustelle zu zahlreichen Schwierigkeiten führen würde, die nicht vertretbar sind.

Die Öffnung der Wöhrdstraße stadteinwärts würde bedeuten, dass an der westlichen Einmündung auf Höhe des Bürger- und Verkehrsvereins (BVV) nur Ausfahrten in Richtung Neckarbrücke stattfinden und die Zufahrt in die Wöhrdstraße nur aus östlicher Richtung, von der Blauen Brücke kommend, erfolgt – für einen Begegnungsverkehr ist der Abschnitt am BVV deutlich zu schmal. Damit wäre es jedoch für den Lieferverkehr zum Drogeriemarkt Müller und zu den anderen Geschäften in der nördlichen Friedrichstraße nicht mehr möglich, durch die Karlstraße an- und die Friedrichstraße abzufahren. Vielmehr müsste der Lieferverkehr durch Mühlstraße oder Gartenstraße abfahren.

Demzufolge müsste die westliche Ausfahrt am BVV so umgebaut werden, dass die notwendigen Radien für LKW gewährleistet werden. Hierfür müsste die vorhandene Lichtsignalanlage vor dem BVV

nach Süden verschoben werden. Neben dem großen baulichen Aufwand und Eingriff sind die Radian für LKW nur unter Inanspruchnahme beider Spuren auf der Neckarbrücke darstellbar.

Bedenken bestehen zudem bezüglich der Verkehrsmengen: Der Bypass würde im Sinne der Antragsteller ja nur Sinn machen, wenn er nicht auf den Anliegerverkehr Gartenstraße, sondern für Mühlstraße, Österberg und folglich Wilhelmstraße freigegeben würde. Bei dem dann zu erwartenden Verkehr in der Wöhrdstraße ist es sehr sicher, dass die Strecke von zahlreichen Autofahrern aus dem Süden Richtung Innenstadt genutzt würde. Dieses zu erwartende hohe Verkehrsaufkommen führt zu mindestens drei relevanten Problemen:

- Bei der Ausfahrt aus dem Parkhaus zu Behinderungen und sogar Rückstau im Parkhaus kommen kann. Bereits jetzt lassen sich in den Stoßzeiten vereinzelt Rückstauereignisse beobachten, die sich bei einem zusätzlichen Verkehrsaufkommen in der Wöhrdstraße häufen würden.

- Das Verkehrsaufkommen auf der Achse Karlstraße – Neckarbrücke – Mühlstraße würde deutlich erhöht, mit zu erwartenden negativen Auswirkungen auf den Busverkehr. Ein wesentliches Ziel der Umleitungskonzeption ist es aber, diese zentrale ÖPNV-Achse nicht stärker zu belasten und den Busverkehr ohne Einschränkungen aufrecht zu halten.

- Hinzu kommt der rege Fußgänger- und Radverkehr in dem schmalen westlichen Bereich auf Höhe des BVV. Hier wäre mit massiven Gefährdungen durch den ausfahrenden Verkehr zu rechnen. Die Wöhrdstraße wird im Bereich vor dem BVV von sehr vielen Fußgängern gequert, so dass in diesem Bereich eine Ampelregelung notwendig wäre. Auch der westliche Bereich der Wöhrdstraße, in dem sich sehr viele Fußgänger und Radfahrer bewegen, müsste anders geregelt und vermutlich auch umgebaut werden.

In der Gesamtschau ist die Verwaltung daher bereits 2013 zu dem eindeutigen Schluss gekommen, dass die Öffnung der Wöhrdstraße als Einbahnstraße stadteinwärts nur mit einem sehr großen baulichen Aufwand und erheblichen Nachteilen möglich wäre. Daher wurde diese Lösung nicht umgesetzt. Dies wurde auch in den Gremien und der Öffentlichkeit kommuniziert.